

Karl-Heinz Baum

Stasi und Bundestag

Weitere Ex-Abgeordnete im Blickpunkt

Im letzten Herbst hat die Bundesbehörde für Stasi-Unterlagen erste umfassende Erkenntnisse über Kontakte des MfS in den Bonner Bundestag veröffentlicht. Sie betreffen die spannende Legislaturperiode von 1969 bis zur Neuwahl 1972, als Brandts Mehrheit dahinbröckelte und Barzel mit seinem konstruktiven Misstrauensvotum scheiterte. Unser Autor, ein langjähriger Korrespondent in der DDR, hat sich die Akten angeschaut und ist dabei nicht nur auf die üblichen Abschöpfungspraktiken, sondern auch auf ein paar Merkwürdigkeiten gestoßen.

Am 4. Juni 1975 legte der DDR-Geheimdienst eine Karteikarte an. Ein Stempel »Dokument« belegt, dass die Daten für einen Ausweis benutzt wurden. Die Karteikarte gehört zu einem von über 1.500 Blättern, die die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, über 50 Abgeordnete des 6. Deutschen Bundestags (Wahlperiode 1969-1972) der Öffentlichkeit im zweiten Halbjahr 2006 vorgelegt hat.

Welche Kontakte hatte die Stasi in den Bundestag? Zu jener Zeit gab es 556 Abgeordnete, Kontakt hatte die Stasi also zu jedem elften. Zu dieser Erkenntnis tragen die so genannten *Rosenholz*-Dateien und die *Sira*-Datei bei. »Rosenholz« sind Mikroverfilmungen von Dateien der für das westliche Ausland zuständigen Abteilung der Staatssicherheit, der Hauptverwaltung A. Die HVA hatte als einzige Abteilung 1990 ihre Unterlagen vernichten dürfen. Eine Kopie von Karteikarten gelangte auf Umwegen in die Hände des US-Geheimdienstes und kam erst vor einigen Jahren zurück. Die *Sira*-Datei ist eine Art Inhaltsverzeichnis eingegangener Informationen.

Bundestagsabgeordnete waren der HVA wichtig. Sie unterschied nicht zwischen Angeworbenen (Stasi-Jargon: »Inoffizielle Mitarbeiter« – IM), und denen, über die man mehr erfahren wollte. Viele erhielten so genannte IM A-Akten (= IM mit Arbeitsakte). Wer wirklich IM, Kontaktperson

oder nur Quelle war, wusste meist nur der Führungsoffizier. Genau das macht die Einordnung nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz in Täter und Opfer schwierig. 49 der 50 Abgeordneten – Ausnahme Eppler – hat die Stasi als »Inoffizielle Mitarbeiter mit Arbeitsakte« (IMA) geführt. 32 gehörten der SPD an, also gut drei Fünftel. Der Kontakt zu SPD-Leuten mag für die Stasi leichter gewesen sein, SPD-MDBs waren aber schon deshalb interessant, weil sie zur Regierungsfraktion gehörten.

Nicht jeder in den *Rosenholz*-Dateien auftauchende Name ist Beleg für einen Stasi-Kontakt. Die Stasi notierte auch viele Personen aus dem Umfeld. Einige MDBs hatten wenig Kontakte, andere mehr, einige ahnten, die Stasi könnte dahinter stecken, andere waren ahnungslos. Einige MDBs wollte man anwerben, andere wurden »abgeschöpft«, andere wiederum nutzten den Kontakt als »Kanal«, um der DDR-Führung bundesdeutsche Absichten zu vermitteln. Aber dann gibt es da noch einige Abgeordnete, deren Kontakte mit der Stasi mehr als merkwürdig sind.

Die Bundesbeauftragte ließ bisher nur die 6. Wahlperiode untersuchen. Es ist die spannendste seit 1945. Dieser Bundestag wählte Willy Brandt zum Kanzler. Nach zweieinhalb Jahren im April 1972 musste sich der erste SPD-Kanzler einem – fehlgeschlagenen – Konstruktiven Misstrauensvotum stellen; ein halbes Jahr später standen Neuwahlen an. 13 Abgeordnete wech-

selten – meist wegen Brandts Ostpolitik – die Fraktion; so viel Abtrünnige gab es sonst nicht.

Noch immer sind die Rätsel ungelöst, warum der damals siegessichere Rainer Barzel (CDU) um zwei Stimmen die Mehrheit der Stimmen im Bundestag verfehlte. Die jetzt zugänglichen Akten lösen Rätsel nicht. »Bei keinem der Parlamentarier konnte anhand der Stasi-Unterlagen eine wissenschaftliche und willentliche Zusammenarbeit mit dem Staats Sicherheitsdienst nachgewiesen werden. Alle Abgeordneten gelten deshalb im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes als Betroffene.« Das erklärte Marianne Birthler in einer Stellungnahme zur zweiten Tranche der von ihrer Behörde herausgegebenen Akten zu 34 Mitgliedern des Bundestags. Zur ersten Tranche mit 16 MDBs hatte sie nichts gesagt, wohl aus gutem Grund, da waren Abgeordnete dabei, deren Stasi-Verstrickung längst mehr oder weniger klar als erwiesen gilt:

So stand FDP-MDB William Borm, verstorben 1987, im engen Verhältnis zu einem Stasi-Offizier, die *Sira*-Datei vermerkt, zu ihm wurden in Ost-Berlin 12 Ordner (einer hat rund 300 Seiten) angelegt, 395-mal soll er Informationsmaterial geliefert haben. Julius Steiner (CDU) hat nach eigenen Angaben beim Misstrauensvotum nicht für Barzel gestimmt, zu ihm verzeichnet *Sira* nur fünf Informationen. HVA-Chef Markus Wolf behauptete, Steiner 50.000 DM gegeben zu haben, Steiner will das Geld von SPD-Mann Karl Wienand erhalten haben. Wienand wurde wegen Agententätigkeit verurteilt; zu ihm waren in Ost-Berlin 24 Ordner angelegt und 432 Informationen verbucht. Auch Gerhard Flämig aus der hessischen SPD war wegen Spionage angeklagt, der Prozess wurde aus Krankheitsgründen eingestellt. Flämig hat eine dicke Stasi-Akte: 26 Ordner mit 870 Informationen.

Drei Abgeordnete wollte die Stasi anwerben. Die MDBs Uwe Looft, Ratzeburg,

und Helmut Wendelborn, Lübeck, beide CDU sowie Rudi Lotze (SPD), Nienburg (Weser), werden als »IM-Vorlauf« geführt. Jeder dieser Versuche schlug fehl. Zu Wendelborn (Deckname »Schwalbe«) wurde kein Material übergeben, der 1964 eröffnete Vorgang wanderte 1971 ins Archiv. Lotze (Decknamen »Idur« und »Harz«) sollte wegen positiver Haltung zur DDR gewonnen werden; nach dem Godesberger Parteitag 1959, an dem er teilnahm, sprach er sich gegen offizielle Kontakte zur DDR aus. Schon 1965 wurde der Vorgang archiviert: »die Perspektive der Werbung ist nicht mehr gegeben.« Sein IM (»Ehlert«) kam aus seinem Umfeld.

Die größte Gruppe unter den 50 MDBs bilden 28 Abgeordnete (19 SPD, 7 CDU/CSU und 2 FDP), die zu Stasi-Leuten irgendeine Art Kontakt hatten: Prominente Namen sind darunter: der spätere SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt, CDU/CSU-Oppositionsführer Rainer Barzel, der damalige CDU-Bundesgeschäftsführer Bruno Heck, der spätere Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU), Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD), SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski oder Wilhelm Dröscher, später SPD-Schatzmeister, und Björn Engholm, später Kieler SPD-Ministerpräsident.

Weitere MDBs sind: Von der SPD: Friedrich Beermann (Kiel), Klaus Dieter Arndt (Berlin), Hans Bardens (Ludwigshafen). Lenelotte von Bothmer (Hannover), Hugo Brandt (Mainz), Erhard Eppeler (Dornstetten), Brigitte Freyh (Frankfurt/M), Helmut Kater (Wetzlar), Edith Krabbe (Berlin), Kurt Mattick (Berlin), Adolf Scheu (Wuppertal), Richard Tamblé (Westerland), Heinrich Welslau (Bad Salzuflen), Lothar Wrede (Hagen).

Von der CDU/CSU: Georg Kliensing (Bonn-Land), Herbert Schneider (Bremerhaven), Leo Wagner (Neu-Ulm).

Und von der FDP: Ernst Achenbach (Essen) und Alexander Menne (Frankfurt).

Die Akte Helmut Schmidt beginnt im

Herbst 1969. »Nicht ohne Widerspruch sei das Verhältnis zwischen Brandt und Schmidt«, lautet eine »streng geheime« Bewertung der Stasi. Dabei piffen das damals die Spatzen von Bonns Dächern. Ein »ehrgeiziger, karrieristischer Politiker« ist er in einer »Kurzeinschätzung«. Er habe »den Kurs der SPD-Führung nach rechts« mit durchgesetzt und vertrete konsequent politische und militärpolitische Auffassungen Washingtons. Die entscheidende Frage ist, wer da eigentlich über ihn berichtet hat. Aber das steht nicht in der Schmidt-Akte. Das bleibt auch bei Björn Engholm unklar, der seit 1971 abgeschöpft wurde.

Bei Wilhelm Dröscher, Spitzname »Der gute Mensch von Kirn«, gibt es dazu einen Hinweis. Zu ihm sind über 150 Informationen verzeichnet. An einer Stelle wird deutlich, dass SPIEGEL-Journalist Diethelm Schröder mit ihm in Verbindung stand. Der 1992 als Spion verurteilte Schröder könnte also dessen Informationen an die Stasi weitergeleitet haben. Es liegt ein Bericht über Bonns Beziehungen zu Dänemark und einer über die Vorbereitung der Olympischen Spiele 1972 vor. Zitiert wird NOK-Präsident Willi Daume mit seiner Hoffnung, die DDR werde zu den Spielen in München den Reiseverkehr lockern. Auch hofft Daume auf DDR-Kontakte, denn der Fackellauf gehe ja durch die DDR.

Der Vorgang Karl Schiller wurde 1966 – er wurde Wirtschaftsminister der Großen Koalition – eröffnet und 1984 geschlossen. Die Stasi hatte vor allem Interesse an seiner NS-Vergangenheit als Mitglied der SA (1933-38), der NSDAP (seit 1937) und des NS-Studenten- und Dozentenbundes. Sie analysierte beim SPD-Mitglied seit 1946 die wissenschaftliche Arbeit »im Dienste der faschistischen Kriegswirtschaft« und untersuchte seine Rolle als Nachrichtenoffizier der Wehrmacht. Das Dossier wurde wohl aus Archiven der DDR, in denen die meisten NS-Akten lagerten, aufbereitet.

»Kompromittierendes« über Willy Brandt

Dann gibt es neun Sonderfälle. Das sind Politiker, die die Stasi für besonders wichtig hielt. Willy Brandt, damals Kanzler und SPD-Chef; CSU-Chef Franz Josef Strauß, einst Verteidigungs- und Finanzminister; der FDP-Vorsitzende Erich Mende, bis 1966 Vizekanzler, die »graue Eminenz« der SPD, Herbert Wehner, seit 1969 SPD-Fraktionschef, zuvor Minister für Gesamtdeutsche Fragen; Carlo Schmid, Mannheim, und Erwin Schöttle, Stuttgart, beide Bundestagvizepräsidenten der SPD; Gerhard Schröder (CDU), einst Minister für Inneres, Äußeres und der Verteidigung; Will Rasner, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, und der weniger bekannte Georg Schulhoff, als Vizepräsident des ZENTRALVERBANDES DES DEUTSCHEN HANDWERKS für die Stasi interessant.

Bei Brandt hat die Stasi in 26 Jahren gerade mal vier Arbeitsakten angelegt. Vor allem »kompromittierende Angaben« wollte sie wissen und trug, bei Geheimdiensten üblich, alles Gerede zusammen: Im Wahlkampf 1965 habe die CDU behauptet, Schwedens Ministerpräsident Tage Erlander halte »Dokumente unter Verschluss, die Brandt politisch kompromittieren könnten«. Oder: »Angeblich sollen in einem Schweizer Archiv, das von ehemaligen SS-Angehörigen unterhalten werde, kompromittierende Angaben über die Vergangenheit Brandts existieren.« 1968 sei bekannt geworden, »das SPD-Präsidium hat – Name geschwärzt – beauftragt, Material über das Vorleben Brandts zusammenzutragen, um einer möglichen Erpressung entgegenzuwirken«. Am 3. Oktober 1959 redeten Delegierte des Landesparteitags Berlin in der Gaststätte *Giraffe* im Hansa-Viertel über Brandt. Deren Äußerungen fand Stasi-Mitarbeiter R. so interessant, dass er auf das Blatt notierte: »Alle Hinweise über Brandt erfassen. Mit ›Conrad‹ weitere

Einzelheiten über Brandt feststellen. Eine Handakte anlegen.« Der Bericht des IMs hielt offenbar Indiskretes fest – das Haus Birthler schwärzte mehrere Zeilen. Nur die Bewertung ist noch zu lesen: »Die Mitteilung von – geschwärzt – wurde mit Augenzwinkern und ohne Neid zur Kenntnis genommen.«

Den einstigen Kommunisten im schwedischen Exil, Herbert Wehner, »liebte« die Stasi besonders. 1964 suchte sie »weiteres belastendes Material« gegen den »Verräter«: »Überprüfung von Akten über Prozesse des ehemaligen Volksgerichtshofs gegen Mitglieder ... der KPD ... nach Hinweisen, ob die Aussagen Wehners vor der schwedischen Polizei zur Festnahme und Verurteilung von Widerstandskämpfern führten.« – »Anfrage bei den Sicherheitsorganen der CSSR, ob es Unterlagen über Festnahme und die Aussagen Wehners 1935 in Prag gibt.« Ein Stasi-Bericht von 1964 ist offensichtlich so schlampig, dass ein Mitarbeiter den »Genossen Minister« (Stasi-Chef Erich Mielke) warnt: Die Seiten »17-19 sind ... nicht bewiesen, sind konstruiert«.

Franz Josef Strauß war der liebste Gegner des SED-Regimes. Er galt als Verkörperung der »Bonner Ultras«. Ihm hoffte die Stasi irgendwelche NS-Aktivitäten anhängen zu können. Stasi-Chef Erich Mielke ordnete im Juli 1970 persönlich an, »dokumentarische Unterlagen über die Militär- und Studienzeit von Strauß sowie über Hitler- und Bundeswehr-Generäle, Offiziere und andere Personen, mit denen Strauß nach 1945 bis heute eng zusammenarbeitete, die mit Strauß seiner Politik und seinen Machenschaften in Verbindung standen und stehen.« Mielkes Ziel: »Im Ergebnis der Beurteilung soll sowohl die faschistische Vergangenheit der Hintermänner und Verbindungen von Strauß als auch die Tatsache, dass er selbst ein Faschist reinsten Wassers ist, nachgewiesen werden«. Dass die Stasi auf dieser Strecke erfolgreich war, ist bis heute nicht bekannt geworden.

Neben den Fällen Borm, Flämig, Steiner und Wienand, bei denen die Stasi-Verstrickung als mehr oder weniger erwiesen gilt, gibt es in jener Wahlperiode weitere sechs Abgeordnete, bei denen womöglich mehr gewesen ist als nur Abschöpfung. Eine Reihe Merkwürdigkeiten sind bei ihnen nicht zu übersehen, ein Anfangsverdacht kann gegeben sein. Allen gemeinsam ist, dass der MDB auf der entscheidenden *Rosenholz*-Karteikarte als Einziger auf dem Vorgang auftaucht. Alle sechs gehörten der SPD an.

Die Karteikarte mit dem Stempel »Dokument« gehört zum Vorgang Arthur Killat, Hinterbänkler aus Erkrath im Wahlkreis Solingen. Er kümmerte sich damals um den Bereich betriebliche Altersversorgung. Die Stasiaktenbehörde hat diese Karteikarte teilweise geschwärzt: Name, Vorname, Geburtstag. Nicht geschwärzt sind Geburtsort und Geburtsjahr desjenigen, für den das »Dokument« ausgestellt wurde: Freiburg im Breisgau 1912. Der »Verwaltungsangestellte« bei der »Sozialversicherungskasse der DDR« wohnt in Berlin-Johannisthal. Killat wurde auch 1912 in Freiburg geboren. So ist zu fragen: Waren die Kontakte zwischen ihm und der Stasi so eng, dass sie ihm eigens einen falschen DDR-Ausweis ausstellte, mit DDR-Beruf und -Wohnort? Wenn es so war, hätte er sich in der DDR bewegen können, ohne dass im Überwachungsstaat einer auf den Gedanken kommen konnte, da laufe ein Bundesbürger herum. Zu Killat legte die Stasi laut *Rosenholz* von 1955 bis 1971 vier Aktenordner an; auf seinen Namen registrierte sie 49-mal »Informationen«, darunter die Rede des Ministers für Gesamtdeutsche Fragen, Wehner, auf einer Klausurtagung – einer vertraulichen Sitzung – der SPD-Fraktion. Zudem landeten in Ost-Berlin »Informationen« aus dem Vorstand der GEWERKSCHAFT HANDEL, BANKEN UND VERSICHERUNGEN, dem Killat von 1955-61 angehörte, zuletzt als amtierender Vorsitzender.

Merkwürdigkeiten ohne zweifelsfreien Beweis

Hannsheinze Bauer aus Wunsiedel hatte bei der Stasi den Decknamen »Volk«, für ihn legte sie von 1960 und 1983 laut Datei 17 Arbeitsordner an und registrierte 34 Informationen, darunter Arbeitspapiere und Sitzungsprotokolle des Europarats.

Für die Dortmunder Lokalgröße *Walter Behrendt*, SPD-Mitglied seit 1932, MDB seit 1957 und im Europa-Parlament seit 1967, brauchte die Stasi nur einen Band, laut Datei sind unter seinem Decknamen »Bernhard« fünf Informationen abgelegt.

Heinrich Junker aus Senne (heute Stadtteil Bielefelds) hatte bei der Stasi den Decknamen »Bismark« – ohne »c«. Doch bekam der MDB den Decknamen wohl in Anlehnung an den Reichskanzler, denn die DDR-Kommunisten sahen Otto von Bismarck als Inkarnation des Junkertums. Junker, seit 1961 im Bundestag, war von 1967 bis 1985 erfasst. In der Zeit entstanden vier Arbeitsakten mit 25 Informationen, unter anderem Vorgänge aus dem SPD-Parteivorstand. Dort war er auch Referent.

Willy Peiter aus Diez an der Lahn führte die Stasi seit 1967 22 Jahre lang unter dem Decknamen »Leder«, legte über ihn fünf Arbeitsordner an und registrierte 13 Informationen, darunter solche aus der SPD-Fraktion zum Moskauer Vertrag, Begebenheiten aus der SPD-Führung, Papiere zum außerordentlichen SPD-Steuerparteitag 1971 und zur Stabilität der Bundesregierung.

Für *Dietrich Sperling*, aus Königstein, Wahlkreis Obertaunus, – Deckname »Vogel« – legte die Stasi in 14 Jahren sechs Ordner an, 19mal gingen ihm zugerechnete Informationen ein, darunter 1973 »Reaktionen auf den Breschnew-Besuch« und »Reaktionen Herbert Wehners auf die Ostpolitik der Bundesregierung« sowie 1974 »erste interne Reaktionen zur Ver-

haftung Günther Guillaumes«, dem Spion im Kanzleramt.

Das Gerangel um die Veröffentlichung dieser Akten dauerte Monate. Nun sind sie da. Die Namen Borm, Flämig, Steiner, Wienand waren schon bekannt; die jetzt herausgegebenen Unterlagen unterstreichen eher die Anschuldigungen. Auf 556 Abgeordnete bezogen sind es 0,7 %. Die bei der Stasi als Betroffene verzeichneten Abgeordneten sind dabei nicht berücksichtigt. Selbst wenn man die sechs Fälle mit den Merkwürdigkeiten hinzuzählte – es sei betont, dafür gibt es keinen zweifelsfreien Beweis – stiege die Rate auf 1,8 %. Natürlich ist jeder Fall ein Fall zuviel, doch sind diese Zahlen nicht gerade ein Beleg für die angeblich von der Stasi »unterwanderte Republik«. Auch das, was laut *Sira* nach Ost-Berlin geliefert wurde, war keineswegs alles geheim, sondern vieles für jedermann zugänglich. So paradox es auch klingen mag, das Informationsmaterial, das die Stasi aus Bonn erhielt, spricht eher für die Glaubwürdigkeit der westdeutschen Ostpolitik.

Es wäre nicht zuletzt auch im Interesse dieser sechs nunmehr in den Blickpunkt gerückten ehemaligen MDBs, wenn der Schatten auf ihrer Weste weiter untersucht wird – ob es etwa doch ein schwarzer Fleck ist oder ob er nichts zu bedeuten hat. Vielleicht gelingt es intensiver Forschung, herauszufinden, wer wenn nicht die Abgeordneten selbst, die eigentlichen Zuträger für die Stasi waren. Für die Forschung bleibt noch viel zu tun, vor allem die Aufgabe, ebenso die anderen Wahlperioden auf Stasi-Kontakte hin zu untersuchen.



Karl-Heinz Baum (*1941) war von 1977 bis 1990 Korrespondent der FRANKFURTER RUNDSCHAU in der DDR, bis 2003 FR-Redakteur in Berlin.